

Institutionenwandel und Wirtschaftskriminalität.

Das Beispiel des östlichen Balkan

Anton Sterbling

Es hat den Anschein, als ob Zeiten des tiefgreifenden Institutionenwandels, wie wir diesen im Zusammenhang mit dem „Systemwechsel“ im östlichen Teil Europas sowie mit der Aufnahme von Ländern wie Rumänien und Bulgarien in die Europäische Union¹ erleben, nicht nur als Zeiten vielschichtiger und komplizierter Modernisierungsvorgänge, die auf die Herbeiführung demokratischer politischer Ordnungsstrukturen, rechtsstaatlicher Verhältnisse, funktionierender Marktwirtschaften, pluralistischer Kulturen und Massenmedien sowie offener Gesellschaften abzielen, zu betrachten sind. In solchen Zeiten sind offenbar vielfach auch intensive wirtschaftskriminelle Aktivitäten und massive Korruptionserscheinungen zu beobachten. Diese Feststellung führt zu der allgemeineren Frage, ob Prozesse des dynamischen Institutionenwandels, die ohne Zweifel von weittragender Bedeutung für die innovative Überwindung gesellschaftlicher Krisen und ökonomischer Schwierigkeiten sind, wirtschaftskriminelles Handeln tendenziell begünstigen.

Folgt man der in der Denktradition Max Webers stehenden „historischen Modernisierungsforschung“², so treffen wir auf den grundlegenden Gedanken, dass institutionellen Ordnungen, institutionellen Innovationen und Prozessen des Institutionenwandels eine *weichenstellende Bedeutung* im Hinblick auf gesellschaftliche Entwicklungen und Modernisierungsvorgänge im Besonderen zukommt.³

¹ Siehe dazu auch: Sterbling, Anton (2007): Rumänien und Bulgarien als neue Mitglieder der Europäischen Union. In: Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas, 2/56. Jg., Heft 1, S. 3-9.

² Siehe vor allem: Sterbling, Anton (1994): Modernisierungstheorie und die Entwicklungsproblematik Osteuropas. Eine kritische Betrachtung. In: Balla, Bálint/Geier, Wolfgang (Hrsg.): Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie, Münster-Hamburg, S. 6-19; Sterbling, Anton (2005): Der gesellschaftliche Wandel in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa in einer vergleichenden Perspektive. Zum Ansatz der historischen Modernisierungsforschung, in: Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Transformation als Typ sozialen Wandels. Postsozialistische Lektionen, historische und interkulturelle Vergleiche, Münster-Hamburg-Berlin-Wien-London, S. 47-62.

³ Zu der hier thematisierten Problematik habe ich schon mehrfach Stellung genommen. Daher greife ich in den folgenden Ausführungen teilweise auf eigene, in anderen Arbeiten

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt bezieht sich darauf, dass *Eliten* – insbesondere in „historischen Schlüsselsituationen“ – als *maßgebliche „Konstrukteure“ institutioneller Ordnungen* zu betrachten sind.⁴ Was sind Institutionen und welche allgemeinen Probleme lässt der Institutionenwandel in Rumänien und Bulgarien erkennen? Welche Rolle spielen die Eliten und ihre starke Orientierung an Eigeninteressen in diesem Zusammenhang?

1 Zum Begriff der Institution

Im Rahmen soziologischer, wie auch philosophisch-anthropologischer, kulturanthropologischer, historischer, rechtswissenschaftlicher oder ökonomischer Ansätze wird der Institutionenbegriff recht unterschiedlich akzentuiert. Allgemein gefasst, kann eine „Institution“ als „ein Regelwerk, das gesellschaftliche Interaktionen auf eine bestimmte Art strukturiert“, verstanden werden.⁵ In bestimmten Institutionentheorien werden die anthropologischen Grundlagen und die Stabilitäts- und Entlastungsfunktionen,⁶ in anderen die symbolischen Leistungen⁷

entwickelte Überlegungen zurück. Siehe deshalb auch: Sterbling, Anton (1998): Historische Modernisierungstheorien und gegenwärtige Probleme des Institutionenwandels in Ost- und Südosteuropa, in: Müller, Klaus (Hrsg.): Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Opladen, S. 53-67; Sterbling, Anton (2001): Intellektuelle, Eliten, Institutionenwandel. Untersuchungen zu Rumänien und Südosteuropa, Hamburg.

⁴ Siehe: Rokkan, Stein (1980): Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Soziologie, 9. Jg., Stuttgart, S. 118-128. Auch hierzu liegen eigene Vorarbeiten vor, an die angeknüpft wird. Siehe insbesondere: Sterbling, Anton (1998): Elitenwandel in Südosteuropa: Einige Bemerkungen aus elitentheoretischer Sicht, in: Höpken, Wolfgang/Sundhaussen, Holm (Hrsg.): Eliten in Südosteuropa: Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart. Südosteuropa-Jahrbuch, 29. Band, München, S. 31-47; Sterbling, Anton (2001): Intellektuelle, Eliten, Institutionenwandel. Untersuchungen zu Rumänien und Südosteuropa, Hamburg; Sterbling, Anton (2003): Elitenwandel in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B 10-11, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 10-17; Sterbling, Anton (2004): Alte Eliten in jungen Demokratien? Das Fallbeispiel Rumänien, in: Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa, Wien-Köln-Weimar, S. 363-375.

⁵ Siehe: Knight, Jack (1997): Institutionen und gesellschaftlicher Konflikt, Tübingen, S. 3.

⁶ Siehe: Malinowski, Bronislaw (1975): Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur und andere Aufsätze, Frankfurt a. M.; Gehlen, Arnold (1977): Urmensch und Spätkultur, Bonn; Gehlen, Arnold (1986): Mensch und Institutionen, in: Gehlen, Arnold: Anthropologische und sozialpsychologische Untersuchungen, Reinbek, S. 69-77; Schelsky, Helmut (1973) (Hrsg.): Zur Theorie der Institution. Düsseldorf.

⁷ Siehe: Lipp, Wolfgang (1968): Institution und Veranstaltung. Zur Anthropologie der sozialen Dynamik, Berlin; Schüle, Johann August (1987): Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse, Opladen; Gebhardt, Winfried (1993): Idee, Mentalität, Institution. Kultursoziologische Anmerkungen zu einer Theorie institutionellen Wandels, in: Sociologia Internationalis, 31. Band, Heft 1, Berlin, S. 41-61; Rehberg, Karl-Siebert (1996): Institutionenwandel und die Funktionsveränderung des Sym-

oder die Rationalität und nutzenstiftende Bedeutung⁸ oder aber die „paradoxen Effekte“ von Institutionen⁹ wie auch die Besonderheit *politischer* Institutionen¹⁰ herausgearbeitet. Der institutionentheoretische Ansatz von Lepsius indes – an dem wir uns in den weiteren Überlegungen orientieren wollen – rückt vor allem die spezifischen Differenzierungen, Strukturierungsleistungen und Geltungskontexte der Institutionen und mithin auch die interinstitutionellen Beziehungen sowie die Folgeprobleme der Institutionenbildung und des Institutionenwandels in den Mittelpunkt der Analyse. Die wichtigsten Annahmen des Institutionenkonzeptes von Lepsius lassen sich folgendermaßen zusammenfassen.

Wie andere Institutionentheorien geht auch das Konzept von Lepsius davon aus, dass den Institutionen bestimmte „Wertbezüge“ und „Leitideen“ („idees directrices“) zu Grunde liegen: „Institutionen begründen sich durch Kriterien, die Wertbezüge konkretisieren und innerhalb eines ausgegrenzten Handlungskontextes Geltung beanspruchen“.¹¹ Die Leitideen oder Wertbezüge legitimieren die Institutionen, sie sind aber nicht direkt verhaltenswirksam, sondern gewinnen ihre strukturierende Verhaltensrelevanz durch spezifische, aus ihnen abgeleitete „Rationalitätskriterien“¹² oder Handlungsmaximen, die jeweils für bestimmte Handlungskontexte gelten.

Institutionen grenzen demnach auch die Handlungszusammenhänge und Handlungssituationen ab, für die spezifische Rationalitätskriterien maßgeblich sind, wobei diese Geltungskontexte gleichermaßen durch spezifische Normen und Sanktionspotentiale nach innen wie durch einen relativen Schutz vor gesamtgesellschaftlichem Sanktionsdruck nach außen aufrechterhalten werden.¹³

bolischen. In: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Institutionenwandel, Leviathan, Sonderheft 16, Opladen, S. 94-118.

⁸ Siehe: Elster, Jon (1989): *The Cement of Society*, Cambridge.

⁹ Siehe: Boudon, Raymond (1977): *Effets pervers et order social*, Paris.

¹⁰ Siehe: Göhler, Gerhard (1990) (Hrsg.): *Politische Institutionen im gesellschaftlichen Umbruch. Ideengeschichtliche Beiträge zur Theorie politischer Institutionen*, Opladen; Göhler, Gerhard u.a. (1990) (Hrsg.): *Die Rationalität politischer Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven*, Baden-Baden; Nedelmann, Birgitta (1995) (Hrsg.): *Politische Institutionen im Wandel*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35, Opladen.

¹¹ Siehe: Lepsius, M. Rainer (1995): *Max Weber und das Programm der Institutionenpolitik*. In: *Berliner Journal für Soziologie*, Band 5, Berlin, S. 327-333, vgl. S. 329.

¹² Siehe: Lepsius, M. Rainer (1990): *Über die Institutionalisierung von Kriterien der Rationalität und die Rolle der Intellektuellen*, in: Lepsius, M. Rainer: *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen, S. 44-52.

¹³ Die weitreichende Bedeutung der Verfügung über eigene institutionenspezifische Sanktionsmittel bei gleichzeitiger partieller Abschirmung gegenüber gesamtgesellschaftlichen Sanktionen ließe sich übrigens trefflich am Beispiel der Institution „Wissenschaft“ oder

Institutionen bewirken eine „Homogenisierung“ und Strukturierung des Handelns im Sinne bestimmter Rationalitätskriterien und Handlungsmaximen, zumal solche Rationalitätskriterien und normative Regelungen relativ eindeutige Orientierungs- und Bewertungsmaßstäbe für Entscheidungen und Handlungsverläufe liefern.¹⁴ Sie spezifizieren damit zugleich in selektiver Weise jene Probleme, die im jeweiligen institutionellen Handlungskontext relevant und lösbar sind, und sie erzwingen damit gleichsam die Externalisierung von „Kontingenzen“ und „Folgeproblemen“, die sich den geltenden Rationalitätskriterien und Handlungsmaximen nicht fügen.

Damit muss – worauf der Ansatz von Lepsius großes Gewicht legt – den externalisierten Folgeproblemen und den damit zusammenhängenden interinstitutionellen Interdependenzen und Konfliktbeziehungen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Da – vor allem unter den Bedingungen komplexer Gesellschaften – für verschiedene Institutionen unterschiedliche und zum Teil auch gegensätzliche Leitideen (zum Beispiel „Rentabilität“ oder „Solidarität“, „Freiheit“ oder „Gleichheit“) und Rationalitätskriterien maßgeblich sind,¹⁵ bestehen zwischen solchen, gegeneinander abgegrenzten und mehr oder weniger autonomen Institutionen komplizierte Interdependenz-, Komplementaritäts- oder Konfliktbeziehungen. „Die Institutionenstruktur im ganzen wie die Art und Weise, wie die Konflikte zwischen den einzelnen Institutionen geregelt werden, bestimmen den Charakter einer Gesellschaft“,¹⁶ heißt es daher zusammenfassend.

der Institution „Familie“ aufzeigen. So können beispielsweise im Rahmen der durch entsprechende berufsethische Normen regulierten und selbstkontrollierten Wissenschaft verschiedene Tierexperimente durchgeführt werden, die außerhalb der Wissenschaft unzulässig wären und sanktioniert würden. Ebenso sind Familienangehörige in unserem Rechtssystem – übrigens ähnlich wie bestimmte Berufsgruppen (z.B. Ärzte, Anwälte, Priester u.ä.) im Hinblick auf ihre Klienten – von der allgemeinen Bestrafungsmöglichkeit bei Verweigerung der Zeugenaussage ausgenommen, wenn es sich bei den Beschuldigten um durch die Institution Familie geschützte Familienmitglieder handelt. Siehe auch: Lepsius, M. Rainer (1996): *Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien*. In: Göhler, Gerhard (Hrsg.): *Institutionenwandel, Leviathan, Sonderheft 16*, Opladen, S. 57-69, insb. S. 60; Lepsius, M. Rainer (1995): *Max Weber und das Programm der Institutionenpolitik*, in: *Berliner Journal für Soziologie*, Band 5, Berlin, S. 327-333, insb. S. 396 ff.

¹⁴ Siehe: Lepsius, M. Rainer (1990): *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen; Lepsius, M. Rainer (1995): *Institutionenanalyse und Institutionenpolitik*, in: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): *Politische Institutionen im Wandel*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 35, Opladen, S. 392-403.

¹⁵ Siehe: Lepsius, M. Rainer (1995): *Institutionenanalyse und Institutionenpolitik*, in: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): *Politische Institutionen im Wandel*, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 35, Opladen, S. 392-403, insb. S. 395.

¹⁶ Siehe: Lepsius, M. Rainer (1996): *Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien*, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): *Institutionenwandel, Leviathan, Sonderheft 16*, Opladen, S. 57-69, vgl. S. 62.

2 Probleme des Institutionenwandels in Rumänien und Bulgarien

Nun möchte ich zunächst drei wesentlich erscheinende allgemeine Probleme des Institutionenwandels in Rumänien und Bulgarien ansprechen.

2.1 Ungleichförmiger Institutionenwandel und inter-institutionelle Vermittlungsprobleme

Betrachtet man die Institutionenmuster und den zwischenzeitlich eingetretenen Institutionenwandel in den südosteuropäischen Gesellschaften, so lässt sich zunächst feststellen, dass sich die institutionelle Ordnung einzelner Gesellschaften zwar in unterschiedlichem Maße, aber doch in die gleiche Richtung gehend gewandelt hat; und zwar von einem zentralistisch-hierarchisch koordinierten, „politisch übersteuerten“ und durch einen hohen Fusionsgrad¹⁷ politischer, wirtschaftlicher, sozialpolitischer, wissenschaftlicher und militärischer Rationalitätskriterien charakterisierten Institutionensystem zu komplexeren und differenzierteren Institutionenstrukturen. Dabei hat der Wandel einzelne Institutionenbereiche allerdings in recht unterschiedlichem Maße erfasst, so dass – wie von Beyme zutreffend feststellte – eigentlich drei Typen von Institutionen zu unterscheiden sind.

Erstens finden wir „Institutionen, die in Grundzügen den Systemwechsel überlebten“. Genauer betrachtet, müsste man eigentlich von Organisationen, die den Systemwechsel überlebten, sprechen. Dazu gehört fast überall das Militär, dazu gehören vielfach auch Institutionen des Bildungs- und des Wissenschaftssystems oder des Gesundheitswesens, dazu gehören verschiedene Verwaltungseinrichtungen und dazu gehören natürlich auch die wenigen staatsunabhängigen oder autonomen Institutionen unter kommunistischen Herrschaftsverhältnissen, wie etwa die Kirchen. *Zweitens* sind „Institutionen, die den Systemwechsel nicht überlebten“, zu nennen, zum Beispiel Planungskommissionen, andere Partei- und Staatsorgane, von den kommunistischen Parteien unmittelbar abhängige Sekundärorganisationen und Verbände usw. *Drittens* gibt es „Institutionen, die aus dem Systemwechsel hervorgingen“, wobei hier insbesondere marktwirtschaftliche Einrichtungen wie Zentralbanken, unabhängige Handels- und Kreditbanken, Unternehmerverbände, aber auch neue Parteien und zivilgesellschaftliche Assoziationen usw. zu nennen sind.¹⁸ Aus diesem komplizierten Nebeneinander ver-

¹⁷ Siehe: Lepsius, M. Rainer (1995): Institutionenanalyse und Institutionenpolitik, in: Nadelmann, Birgitta (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35, Opladen, S. 392-403.

¹⁸ Siehe: Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a. M., vgl. S. 230 f.

schiedener Institutionentypen ergibt sich eine Vielzahl von Problemen, von denen ich hier nur wenige, gewissermaßen exemplarisch, ansprechen kann.

Die Institutionen, die den Systemwechsel in Grundzügen überlebt haben,¹⁹ oder die „Institutionenruinen“ – wie sie möglicherweise zutreffender bezeichnet werden könnten²⁰ – stehen vor dem Problem, sich von alten Leitprinzipien und Funktionen zu entbinden und neue Wertbezüge und Rationalitätskriterien als handlungsleitende Prinzipien zu etablieren wie auch neue Vermittlungszusammenhänge zu anderen institutionellen Bereichen zu finden.²¹ In solchen organisationsinternen Umstrukturierungsprozessen kann das spannungsvolle Zusammentreffen alter und neuer Handlungsmaximen und Rationalitätsprinzipien zu nachhaltigen Konfusionen über institutionelle Ziele und Bewertungsmaßstäbe von Leistungen und zu dauerhaften Konflikten unter den Akteuren über legitime Sanktionsmechanismen wie letztlich auch über die normative Richtigkeit ihres Handelns führen. Aber nicht nur dies: In solchen Institutionen kann das Eigeninteresse maßgeblicher Akteure, deren weiteren Fortbestand als Organisation zu sichern, zum vorrangigen Ziel werden und die Ressourcen weitgehend an diesen Selbstzweck binden. Bei solchen Institutionen hat man es daher nicht selten mit langfristigen, konfliktreichen, von Konfusionen und abnehmender Effizienz begleiteten Vorgängen des Institutionenwandels zu tun, bei denen die Etablierung und verbindliche Durchsetzung neuer Rationalitätskriterien, wenn überhaupt, nur allmählich gelingt.

Im Hinblick auf die Institutionen, die den Systemwechsel nicht überlebt haben, können als gegenwärtiges Problem möglicherweise einzelne, durch den Wegfall

¹⁹ Genauer betrachtet, blieben dabei die entsprechenden Organisationsstrukturen mehr oder weniger erhalten. Inwiefern sich auch die darin verankerten Institutionen partiell erhalten haben, ist indes eine offene, näher zu untersuchende Frage, wie zu erkennen sein wird.

²⁰ Siehe: Nedelmann, Birgitta (1996): Zusammenbruch des Sowjetsystems – Herausforderung für die soziologische Institutionenanalyse. In: Balla, Bálint/Sterbling, Anton (Hrsg.): Zusammenbruch des Sowjetsystems – Herausforderung für die Soziologie, Hamburg, S. 115-137.

²¹ Sehr anschaulich kann man diese Sachlage beispielsweise anhand der Neuordnungsprobleme von Wissenschaftseinrichtungen studieren, die herrschaftsstützende Funktionen abgegeben haben, wissenschaftsimmanente Rationalitätskriterien zu etablieren suchen und sich zugleich auf neue inter-institutionelle Beziehungen, zum Beispiel zum Staat, zu den Medien oder zu privaten Leistungsnachfragern, einstellen müssen. Siehe dazu näher: Sterbling, Anton (1994): Krise und Wandel des Wissenschaftssystems in den osteuropäischen Gesellschaften. In: Sterbling, Anton: Gegen die Macht der Illusionen. Zu einem Europa im Wandel, Hamburg, S. 215-224; Meske, Werner/Nadiraschwilli, Alexander (1994): Umbruch der Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa. In: Zapf, Wolfgang/Dirkes, Meinolf (Hrsg.): Institutionenvergleich und Institutionendynamik, Berlin, S. 349-376; Mayntz, Renate/ Schimank, Uwe/Weingart, Peter (1995) (Hrsg.): Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme, Opladen.

dieser Einrichtungen entstandene „Institutionenlücken“ angesprochen werden.²² Wiederum eine andere Problematik werfen die aus dem Systemwechsel hervorgegangenen Institutionen neuen Typs auf. Bei ihnen handelt es sich vielfach um Einrichtungen, die unmittelbar mit der institutionellen Verankerung ganz bestimmter, moderner Leitideen und Rationalitätskriterien zusammenhängen und die sich daher durch eine weitgehende Externalisierung der ihren Kriterien fremden Handlungsprinzipien und Folgeprobleme kennzeichnen.²³

Generell kann man sagen: Die Schwierigkeiten der neuen, auf der Grundlage ganz bestimmter Leitideen und Rationalitätskriterien ausdifferenzierten Institutionen liegen einerseits in den spannungsvollen inter-institutionellen Konfliktbeziehungen, da zwischen den unterschiedlichen institutionellen Bereichen und Institutionentypen noch große Vermittlungsprobleme bestehen, die kaum hinreichend untersucht und bedacht,²⁴ geschweige denn befriedigend gelöst sind. Sie liegen andererseits aber auch darin, dass für diese Institutionen nicht nur spezifi-

²² So hat das plötzliche Verschwinden von flächendeckenden Jugendorganisationen, wie sehr diese durch den politisch-ideologischen Auftrag, dem sie folgten, auch fragwürdig waren, im Hinblick auf die Sinnorientierung, Freizeitgestaltung und soziale Kontrolle der Jugendlichen sicherlich merkbare Lücken hinterlassen. Ebenso hat die Schließung von Kultur- oder Sozialeinrichtungen die institutionelle Infrastruktur des soziokulturellen Lebens – vor allem auf dem Lande – stark ausgedünnt, ohne dass dies hinreichend, beispielsweise durch das vielerorts wiederauflebende religiöse Gemeindeleben, kompensiert worden wäre.

²³ Dazu lässt sich folgendes Beispiel geben: Waren die sozialistischen Wirtschaftseinrichtungen durch eine weitgehende Fusion inhomogener und widersprüchlicher, politische, ökonomische und sozialpolitische Ziele miteinander unmittelbar verschränkender Handlungsprinzipien charakterisiert, so sind neue Wirtschaftsunternehmen, soweit sie streng dem ökonomischen Rentabilitätskriterium folgen, notwendigerweise so angelegt, dass sie bestimmte Folgeprobleme, zum Beispiel sozialpolitische Anliegen, aus ihrem Handlungskontext externalisieren. Dies steigert ihre ökonomische Effizienz, setzt aber voraus, dass die externalisierten Folgeprobleme, zum Beispiel die durch Freisetzungprozesse produzierte Arbeitslosigkeit, durch andere, komplementäre Institutionen aufgefangen und befriedigend gelöst werden. In den meisten osteuropäischen Gesellschaften – auch in Rumänien und Bulgarien – kann konstatiert werden, dass – zumindest mit fortgeschrittenen sozialstaatlichen Standards verglichen – die marktwirtschaftlichen Transformationen nicht mit einem angemessenen Ausbau komplementärer sozialpolitischer Institutionen einherging. Siehe: Glatzer, Wolfgang (1996) (Hrsg.): *Lebensverhältnisse in Osteuropa*. Prekäre Entwicklungen und neue Konturen, Frankfurt a. M.-New York; Götting, Ulrike (1998): *Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa*. Eine Zwischenbilanz, Opladen; Riedel, Sabine (1999): *Bulgarien und die Europäische Union*. Die soziale Dimension des Integrationsprozesses. In: *Südosteuropa*. Zeitschrift für Gegenwartsforschung, 48. Jg., München, S. 567-598; Gabanyi, Anneli Ute/Sterbling, Anton (2000) (Hrsg.): *Sozialstruktureller Wandel, soziale Probleme und soziale Sicherung in Südosteuropa*, München.

²⁴ Siehe: Lepsius, M. Rainer (1993): *Europa nach dem Ende zweier Diktaturen*. In: Schäfers, Bernhard (Hrsg.): *Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa*. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992, Frankfurt a. M.-New York, S. 33-44, insb. S. 37 f.

sche Rationalitätsprinzipien gelten, sondern dass diese auch entsprechende Handlungskompetenzen bei den Akteuren voraussetzen.

2.2 Institutionenwandel und Handlungskompetenz der Akteure

Damit ist gleichsam ein zweiter Problembereich des Institutionenwandels in osteuropäischen Gesellschaften angesprochen, auf den ich allerdings nur ganz kurz eingehen werde. Wenn der durch maßgebliche Eliten in einer historischen Schlüsselsituation in die Wege geleitete Umbau der institutionellen Ordnung einer Gesellschaft tatsächlich zu den damit angestrebten Ergebnissen führen soll,²⁵ muss zunächst – was durchaus mühselig erscheint, da es zumeist gegen vielfältige Widerstände erfolgt – ein Wandel der Institutionen im Sinne der Verankerung neuer Wertbezüge, Leitideen und Rationalitätsprinzipien stattfinden. Zugleich müssen aber auch hinreichend viele „kompetente“ Akteure zur Verfügung stehen, die fachlich den neuen Positionsanforderungen entsprechen und die in ihren Wertorientierungen mit den neuen institutionellen Leitvorstellungen und Zielen übereinstimmen.²⁶ Es ist zu betonen, dass beide Gesichtspunkte wichtig sind, denn die fachliche Qualifikation reicht für die Stabilisierung neuer institutioneller Handlungsprinzipien und die Routinisierung des Handelns im Sinne solcher Prinzipien nicht aus. Ebenso dürften bei fehlender Internalisierung der institutionenspezifischen Leitwerte die in institutionellen Strukturen eingebauten Sanktionsmechanismen längerfristig unwirksam bleiben oder ihre Wirksamkeit verlieren. Neben der fachlichen Qualifikation kommt es also stets auch auf die Wertvorstellungen und Eigeninteressen der Akteure und im Besonderen auf ihre kulturell vorgeprägten und strukturell verankerten Verhaltensdispositionen und Handlungsmotivationen – oder knapper formuliert: auf die „Mentalitäten“²⁷ – an.

Der immer wieder festgestellte Mangel an kompetenten Akteuren, die auf allen Positionsebenen, und nicht nur im Bereich der Eliten und der institutionellen Spitzenpositionen, die Handlungsanforderungen moderner Institutionen ange-

²⁵ Siehe auch: Lipp, Wolfgang (1994): Institutionen, Entinstitutionalisierung, Institutionengründung. Über die Bedeutung von Institutionen, zumal im gesellschaftlichen Transformationsprozess, in: Papalekas, Johannes Chr. (Hrsg.): Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa, München, S. 19-34.

²⁶ Siehe: Nedelmann, Birgitta (1996): Zusammenbruch des Sowjetsystems – Herausforderung für die soziologische Institutionenanalyse, in: Balla, Bálint/Sterbling, Anton (Hrsg.): Zusammenbruch des Sowjetsystems – Herausforderung für die Soziologie, Hamburg, S. 115-137.

²⁷ Siehe auch: Gebhardt, Winfried (1993): Idee, Mentalität, Institution. Kultursoziologische Anmerkungen zu einer Theorie institutionellen Wandels. In: Sociologia Internationalis, 31. Band, Heft 1, Berlin, S. 41-61.

messen und zuverlässig erfüllen, stellt wohl ein Hauptproblem des Modernisierungsprozesses und Institutionenwandels in Rumänien und Bulgarien dar. Dies zumal auch viele junge, gut ausgebildete und hoch motivierte Fachkräfte emigrieren und damit die bestehenden Kompetenzlücken noch verstärken.²⁸ Hinzu kommt eine sehr starke Neigung in den Gesellschaften des östlichen Balkans, institutionelles Handeln überwiegend an den Eigeninteressen maßgeblicher Akteure auszurichten, wobei dies sowohl Korruption als auch andere wirtschaftskriminelle Aktivitäten fördert. Darauf wird noch kurz einzugehen sein.

2.3 Zur Kosten-Nutzen-Bilanz des Institutionenwandels

Ein dritter zentraler Problemaspekt betrifft die Frage nach den „Kosten“ und dem „Nutzen“ des Institutionenwandels. Was die „Kosten“ betrifft, möchte ich mich im Wesentlichen darauf beschränken, unterschiedliche Ausprägungsformen dieser Kosten, die natürlich kumulativ zusammenwirken, zu bezeichnen.

Zunächst ist der Umbau von Institutionensystemen mit einem beträchtlichen Aufwand an zeitlichen, sachlichen und personellen Ressourcen – die als solche natürlich auch einschränkende Faktoren des Institutionenwandels darstellen – wie auch generell mit menschlichen Anpassungskosten verbunden.²⁹ Dem stehen die mit diesen institutionellen Wandlungsprozessen – insbesondere soweit es sich um Entstaatlichungs- und Deregulierungsprozesse handelt – gegebenenfalls frei werdenden Ressourcen und Kapazitäten wie natürlich auch die in Aussicht genommenen Modernisierungsfortschritte und möglichen Wohlfahrtssteigerungen gegenüber. Das Problem ist nun allerdings, dass sich die mit dem Institutionenwandel angestrebten Verbesserungen einer gegebenen gesellschaftlichen Situation, wenn überhaupt, erst später einstellen, während sich im Prozess des institutionellen Wandels selbst – aus vielfältigen Gründen, von denen einige kurz angedeutet worden sind – eher der Eindruck konfuser, leistungsschwacher, wenig aufeinander abgestimmter, zerfallender Institutionen aufdrängt. Diese unmittelbare Alltagserfahrung kann die Akzeptanzbereitschaft neuer Institutionen sehr belasten und zu einer schwerwiegenden Legitimitätskrise des Systemwechsels überhaupt führen.³⁰

²⁸ Siehe auch: Sterbling, Anton (2006) (Hrsg.): Migrationsprozesse, Probleme von Abwanderungsregionen, Identitätsfragen, Hamburg.

²⁹ Siehe: Sterbling, Anton (1993): Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften, Hamburg, insb. S. 263 ff.

³⁰ Insofern war die finanziell und durch Beratung massiv gestützte Heranführungsstrategie der in die EU aufgenommenen Länder durch die EU auch sehr wichtig und richtig. Dies

3. Korruption und wirtschaftskriminelle Aktivitäten – zwangsläufige Begleiterscheinungen des Institutionenwandels?

Die schwierigen Prozesse des Institutionenwandels im Zuge des Systemwechsels haben dazu geführt, dass die Funktions- und Leistungsfähigkeit bestimmter staatlicher Institutionen der Ordnung, Erfassung und Regelung der Wirtschaftsprozesse wie Wirtschaftsaufsichtsbehörden, Finanzämter, statistische Ämter usw. zumindest zeitweilig stark beeinträchtigt waren oder noch sind. Die Entwicklung der Schattenwirtschaft – im Zusammenspiel mit der Korruptionsanfälligkeit vieler Amtsträger – ist gleichsam als eine nichtintendierte Nebenfolge der Schwierigkeiten des Institutionenwandels anzusehen. Der EU-Beitrittsprozess hat hier gewisse Verbesserungen herbeigeführt, aber noch keine grundsätzliche Wende erbracht.³¹

Zur Korruption in Rumänien hieß es noch vor wenigen Jahren in einer soziologischen Untersuchung: „Wie bekannt, ist die Korruption eine ständige Begleiterscheinung aller zivilisierten Gesellschaften, auch der konsolidierten Demokratien. Im vorliegenden Falle ist aber von einer verallgemeinerten Korruption die Rede, die die Ausnahme zur Regel gemacht hat, die das normale Funktionieren der Wirtschaft verhindert und alle Bereiche des öffentlichen Lebens, alle Beziehungen der Staatsbürger zum Staate, vergiftet. Die Korruption funktioniert auch durch stark personalisierte Beziehungen, in deren Zentrum sich die Machtelite befindet, was das ganze System mit einem vormodernen Charakter behaftet.“³²

4. Transformationskriminalität im Prozess der Privatisierung

Die sogenannte Transformationskriminalität und insbesondere die illegale oder zumindest illegitime Bereicherung bestimmter, häufig das alte kommunistische Herrschaftssystem bereits tragender oder ihm zumindest nahestehender Gruppen

heißt aber noch keineswegs, dass die Probleme der Effizienz der Institutionen und der Akzeptanz des Institutionenwandels bereits gelöst sind. Die Bewährungsprobe steht wohl noch bevor und wird darin entscheidend wirksam werden, ob die Wohlstandserwartungen breiter Bevölkerungskreise in Rumänien und Bulgarien mittelfristig erfüllt werden oder nicht. Damit hängt natürlich auch die Frage der weiteren Unterstützung der diesen politischen Weg der Modernisierung und europäischen Integration tragenden Elitengruppierungen zusammen. Siehe dazu auch: Sterbling, Anton (2004): Südosteuropa und die EU-Erweiterung. Aussichten, Probleme, Rückwirkungen aus soziologischer Sicht, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 44. Jg., Heft 5, München, S. 46-60.

³¹ Siehe auch: Gabanyi, Anneli Ute (2005): Rumänien vor dem EU-Beitritt, SWP-Studie 31, Berlin; Gabanyi, Anneli Ute (2006): Rumänien und Bulgarien – EU-Beitritt 2007 mit Auflagen, SWP-Aktuell, Berlin.

³² Siehe: Roth, Andrei (2003): Die Einheit der rumänischen Machtelite, in: Beetz, Stephan/Jacob, Ulf/Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven. Hamburg, S. 253-274, vgl. S. 264.

im Zuge der Privatisierung des staatlichen Eigentums ist Ausdruck einer sehr starken Neigung maßgeblicher Akteure in institutionellen Schlüsselpositionen, das institutionelle Handeln weitgehend an ihren Eigeninteressen auszurichten. Dabei sind neben direkten Zugriffen auf Teile des ehemaligen staatlichen Eigentums (Betriebe, Unternehmen, Versorgungseinrichtungen usw.) durch legal erscheinende, aber gleichwohl bestimmte Personen oder Gruppen begünstigende Formen der Privatisierung auch verdeckte Methoden anrühiger oder krimineller Bereicherung und Vermögensbildung festzustellen, wobei vielfach zugleich enge Verschränkungen mit der politischen Macht zu beobachten sind.

So lauten einschlägige Befunde zu Rumänien: „Im kommunistischen System war der Status – die Position in der Hierarchie der Nomenklatura – mit wichtigen ökonomischen Vorteilen verbunden. In der postkommunistischen Übergangszeit wurden die Teilnahme an der Macht – oder die persönlichen Beziehungen zu Teilhabern der Macht – zum Königsweg der Bereicherung.“ Dies wird folgendermaßen begründet: „Das Patrimonium des Staates diente als Grundstein für die Schaffung der Marktwirtschaft. Anfang 1990 konnte niemand über ein nennenswertes Kapital für Investitionen verfügen. Personen, die sich nicht in der Nähe der Macht befanden, haben, da sie über ein sehr kleines Kapital verfügten, nur kleine Geschäfte starten können, vornehmlich im Bereich des Handels und der Dienstleistungen. Manche von ihnen haben sich durchgesetzt, viele nicht. Große Vermögen wurden aber in kurzer Zeit auf Kosten des staatlichen Besitzes geschaffen. Neben den staatlichen Großbetrieben wurden eine Menge Privatfirmen gegründet, die diesen Dienste leisteten und für diese als Vermittler im Außen- und Innenhandel tätig wurden. Diese Firmen waren im Besitz von Personen, die mit den Verwaltern der staatlichen Betriebe identisch waren oder mit ihnen in Familienbeziehungen standen. Staatliche Banken haben an Privatpersonen – Mitglieder der politischen Elite oder ihre Verwandten und Freunde – Vorzugskredite mit minimalen oder gar nur mit symbolischen Zinsen gewährt, die nie zurückgezahlt wurden. Aus diesem Grund haben etliche Banken (Dacia Felix, Bancorex, BIR, FNI u.a.) skandalös Bankrott gemacht, wobei die Gründe nie öffentlich geklärt wurden.“ Und des Weiteren: „Das soziale Kapital – in Form persönlicher, auf gegenseitigen Diensten beruhender Beziehungen – wurde zum Hauptfaktor in der Entstehung des Wirtschaftskapitals, des Kapitals im eigentlichen Sinne des Wortes. ... So hat die Presse viele enge persönliche Beziehungen großer Geschäftsleute mit Personen aus der Spitze der politischen Macht bekannt gemacht. Ebenso hat die Presse auch klientelistische Beziehungen zwischen den Führungskräften und Verwaltern mancher großer Staatsbetriebe und der regierenden Partei öffentlich gemacht, die einerseits in

verdeckten Spenden für die Parteikasse, andererseits in staatlichen Aufträgen, Bestellungen, Lieferungen usw. von einem Staatsbetrieb zum anderen bestehen.“ Schließlich werden auch folgenschwere Auswirkungen auf den gesamten Prozess der wirtschaftlichen Modernisierung angesprochen: „Eben dieser Punkt ist für die heutige Elite bestimmend: die Macht hat ihr den wirklichen Reichtum gesichert. Unter den Bedingungen des Übergangs erfolgte wegen des oben beschriebenen Phänomens die Entwicklung vom Staatsbesitz zum Privatbesitz als Umwandlung von politischer Macht zu Reichtum. Deshalb ist die Machtelite nicht an der Rückkehr zum Gemeineigentum interessiert, aber auch nicht an der schnellen Beendigung des Übergangs – im Gegenteil, an seiner Verlängerung, soweit dies nur möglich ist.“³³

Auch im Falle Bulgariens wurden in den 1990er Jahren ähnlich wirkende Mechanismen festgestellt, wobei z.B. Geschäftsführer oder Leiter staatlicher Betriebe lukrative Aufträge an ihnen nahestehende Inhaber privater Unternehmen (oft Familienangehörige) vergeben haben und so – auf staatliche Kosten und Subventionen gestützt – eine rasche Bereicherung dieser privaten Unternehmen, an deren Gewinn sie beteiligt wurden, zu Lasten des Gemeinwohls betrieben. „Die ‚roten Barone‘ haben nach 1989 die Banken und den Großhandel für sich privatisiert, doch in ihrem Interesse war, das Staatseigentum in der Großproduktion und das Gemeindeeigentum an den Kleinunternehmen zu bewahren, um ihre Extraprofite damit sichern zu können.“³⁴

Im Falle Rumäniens wie Bulgariens waren keineswegs allein oder vorwiegend die immer wieder vorgeschobenen Gefahren wachsender sozialer Spannungen der Grund, dass rasche wirtschaftliche Strukturreformen und insbesondere die zügige Privatisierung staatlicher Großbetriebe hinausgezögert wurden, sondern dabei spielten auch die eben angesprochenen Eigeninteressen einflussreicher Personenkreise und sozialer Gruppen eine erhebliche Rolle. In den gesamten, noch keineswegs abgeschlossenen wirtschaftlichen Transformationsprozessen in Südosteuropa erscheinen die Grenzen zwischen legitimen bzw. legalen Veränderungen der Eigentumsverhältnisse und dem Bereich der Transformationskriminalität durchaus fließend und deutungs offen, wobei dies in seinen Auswirkungen nicht nur zu einer recht ungünstigen Beurteilung der Prinzipien der Marktwirt-

³³ Siehe: Roth, Andrei (2003): Die Einheit der rumänischen Machtelite, in: Beetz, Stephan/Jacob, Ulf/Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven. Hamburg, S. 253-274, vgl. S. 262 ff.

³⁴ Siehe: Dimitrov, Rumen (1998): Die bulgarische Elite: Der brüchige Übergang von Intelligenzija zu Expertentum, in: Höpken, Wolfgang/Sundhaussen, Holm (Hrsg.), Eliten in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart, München, S. 243-260, vgl. S. 257.

schaft³⁵ durch die Bevölkerungen südosteuropäischer Gesellschaften beiträgt, sondern mitunter auch zu problematischen Überlagerungen und Deformationen der sich etablierenden Wirtschaftsstrukturen und Wirtschaftskreisläufe mit Erscheinungsformen und Mechanismen der Organisierten Kriminalität führt.

5. Abschließende Gedanken

Die spezifische Dynamik des mit einem tiefgreifenden Institutionenwandel verbundenen Systemwechsels begünstigte ohne Zweifel bestimmte wirtschaftskriminelle Aktivitäten und Erscheinungsformen der Korruption in den Staaten des östlichen Balkan Rumänien und Bulgarien, wobei natürlich auch die traurigen Hinterlassenschaften und nachhaltigen Folgeprobleme der sozialistischen Wirtschaftsweise und der kommunistischen Herrschaft wie auch ältere, in die vorsozialistische Zeit zurückreichende Traditionen der Korruption und des Klientelismus nicht gering geschätzt werden dürfen.³⁶ Ob die Aufnahme und fortschreitende Integration dieser Staaten in die Europäische Union zu einem merklichen Rückgang der Intensität wirtschaftskrimineller Aktivitäten führen wird, bleibt abzuwarten. Eine Wende wird diesbezüglich aber wohl nur zu erreichen sein, wenn es in absehbarer Zeit zu einer institutionellen Konsolidierung, zu einer Verankerung moderner Rationalitätsprinzipien des institutionellen und insbesondere des wirtschaftlichen Handelns und zur Festigung entsprechender Wertorientierungen und wirtschaftsethischer Prinzipien bei maßgeblichen Akteuren kommt. Die Verbreitung und Stärkung einer verantwortungsvollen Wirtschafts- und Unternehmensethik³⁷ ist gerade in Ländern wie Rumänien und Bulgarien

³⁵ Die Idee der Marktwirtschaft fand im Jahre 2000 in Westdeutschland bei 69 Prozent, in Ostdeutschland und Spanien bei 41 Prozent, hingegen in Bulgarien nur bei 34 Prozent, in Ungarn nur bei 14 Prozent und in Rumänien nur bei 30 Prozent eine zustimmende Bewertung, während die Albaner zu 64 Prozent der Idee der Marktwirtschaft zustimmten. An der eher kritischen Wahrnehmung der Marktwirtschaft in Rumänien und Bulgarien hat sich auch in der Zwischenzeit nichts grundlegend geändert. Siehe: Pickel, Gert (2003): Jedes Land ist anders? Kulturelle Transformationen im osteuropäischen Vergleich. In: Beetz, Stephan/Jacob, Ulf/Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven, Hamburg, S. 205-230, vgl. S. 217; Sterbling, Anton (2007): Wertewandel und Wertorientierungen in Rumänien im europäischen Kontext, in: Müller, Susanne/ Stein, Werner/ Simon, Peter (Hrsg.): Management Guide Rumänien. Reihe: Wirtschaft und Kultur Band 8, Frankfurt a. M., S. 43-50.

³⁶ Siehe dazu auch: Sterbling, Anton (1993): Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften, Hamburg; Ursprung, Daniel (2007): Herrschaftslegitimation zwischen Tradition und Innovation. Repräsentation und Inszenierung von Herrschaft in der rumänischen Geschichte, Kronstadt.

³⁷ Siehe dazu auch: Löhr, Albert (1991): Unternehmensethik und Betriebswirtschaftslehre. Untersuchungen zur theoretischen Stützung der Unternehmenspraxis, Stuttgart; Löhr, Albert (1999) (Hrsg.): Unternehmerische Freiheit, Selbstbindung und politische Mitverantwortung. Perspektiven republikanischer Unternehmensethik, München-Mering; Löhr, Al-

angesichts der überkommenen historischen, alltagskulturellen und lebensweltlichen Erfahrungen und entsprechender Prägungen der Mentalitätsstrukturen von nicht zu unterschätzender Bedeutung für den zukünftigen Erfolg dieser Gesellschaften im europäischen Kontext.

Literatur

- Beyme, Klaus von (1994): Systemwechsel in Osteuropa, Frankfurt a. M.
- Boudon, Raymond (1977): Effets pervers et order social, Paris
- Dimitrov, Rumen (1998): Die bulgarische Elite: Der brüchige Übergang von Intelligenzija zu Expertentum, in: Höpken, Wolfgang/Sundhaussen, Holm (Hrsg.), Eliten in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart, München, S. 243-260
- Elster, Jon (1989): The Cement of Society, Cambridge
- Gabanyi, Anneli Ute/Sterbling, Anton (2000) (Hrsg.): Sozialstruktureller Wandel, soziale Probleme und soziale Sicherung in Südosteuropa, München
- Gabanyi, Anneli Ute (2005): Rumänien vor dem EU-Beitritt, SWP-Studie 31, Berlin
- Gabanyi, Anneli Ute (2006): Rumänien und Bulgarien – EU-Beitritt 2007 mit Auflagen, SWP-Aktuell, Berlin
- Gebhardt, Winfried (1993): Idee, Mentalität, Institution. Kultursoziologische Anmerkungen zu einer Theorie institutionellen Wandels, in: Sociologia Internationalis, 31. Band, Heft 1, Berlin, S. 41-61
- Gehlen, Arnold (1977): Urmensch und Spätkultur, Bonn
- Gehlen, Arnold (1986): Mensch und Institutionen, in: Gehlen, Arnold: Anthropologische und sozialpsychologische Untersuchungen, Reinbek, S. 69-77
- Glatzer, Wolfgang (1996) (Hrsg.): Lebensverhältnisse in Osteuropa. Prekäre Entwicklungen und neue Konturen, Frankfurt a. M.-New York
- Göhler, Gerhard (1990) (Hrsg.): Politische Institutionen im gesellschaftlichen Umbruch. Ideengeschichtliche Beiträge zur Theorie politischer Institutionen, Opladen
- Göhler, Gerhard u.a. (1990) (Hrsg.): Die Rationalität politischer Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven, Baden-Baden
- Götting, Ulrike (1998): Transformation der Wohlfahrtsstaaten in Mittel- und Osteuropa. Eine Zwischenbilanz, Opladen
- Knight, Jack (1997): Institutionen und gesellschaftlicher Konflikt, Tübingen
- Lepsius, M. Rainer (1990): Über die Institutionalisierung von Kriterien der Rationalität und die Rolle der Intellektuellen, in: Lepsius, M. Rainer: Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen, S. 44-52
- Lepsius, M. Rainer (1990): Interessen, Ideen und Institutionen, Opladen
- Lepsius, M. Rainer (1993): Europa nach dem Ende zweier Diktaturen, in: Schäfers, Bernhard (Hrsg.): Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. Deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992, Frankfurt a.M.-New York, S. 33-44

- Lepsius, M. Rainer (1995): Institutionenanalyse und Institutionenpolitik, in: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35, Opladen, S. 392-403
- Lepsius, M. Rainer (1995): Max Weber und das Programm der Institutionenpolitik, in: Berliner Journal für Soziologie, Band 5, Berlin, S. 327-333
- Lepsius, M. Rainer (1996): Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung von Rationalitätskriterien, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Institutionenwandel, Leviathan, Sonderheft 16, Opladen, S. 57-69
- Lipp, Wolfgang (1968): Institution und Veranstaltung. Zur Anthropologie der sozialen Dynamik, Berlin
- Lipp, Wolfgang (1994): Institutionen, Entinstitutionalisierung, Institutionengründung. Über die Bedeutung von Institutionen, zumal im gesellschaftlichen Transformationsprozeß, in: Papalekas, Johannes Chr. (Hrsg.): Institutionen und institutioneller Wandel in Südosteuropa, München, S. 19-34
- Löhr, Albert (1991): Unternehmensethik und Betriebswirtschaftslehre. Untersuchungen zur theoretischen Stützung der Unternehmenspraxis, Stuttgart
- Löhr, Albert (1999) (Hrsg.): Unternehmerische Freiheit, Selbstbindung und politische Mitverantwortung. Perspektiven republikanischer Unternehmensethik, München-Mering
- Löhr, Albert (2000) (Hrsg.): Wirtschaftsbürger oder Marktopfer? Neue Beschäftigungsverhältnisse: Ein Risiko für Gesellschaft, Recht und Ethik?, München-Mering
- Malinowski, Bronislaw (1975): Eine wissenschaftliche Theorie der Kultur und andere Aufsätze, Frankfurt a. M.
- Mayntz, Renate/Schimank, Uwe/Weingart, Peter (1995) (Hrsg.): Transformation mittel- und osteuropäischer Wissenschaftssysteme, Opladen
- Meske, Werner/Nadiraschwilli, Alexander (1994): Umbruch der Wissenschaft in Mittel- und Osteuropa, in: Zapf, Wolfgang/Dirkes, Meinolf (Hrsg.): Institutionenvergleich und Institutionendynamik, Berlin, S. 349-376
- Nedelmann, Birgitta (1995) (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 35, Opladen
- Nedelmann, Birgitta (1996): Zusammenbruch des Sowjetsystems – Herausforderung für die soziologische Institutionenanalyse, in: Balla, Bálint/Sterbling, Anton (Hrsg.): Zusammenbruch des Sowjetsystems – Herausforderung für die Soziologie, Hamburg, S. 115-137
- Pickel, Gert (2003): Jedes Land ist anders? Kulturelle Transformationen im osteuropäischen Vergleich in: Beetz, Stephan/Jacob, Ulf/Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven. Hamburg, S. 205-230
- Rehberg, Karl-Siegbert (1996): Institutionenwandel und die Funktionsveränderung des Symbolischen, in: Göhler, Gerhard (Hrsg.): Institutionenwandel, Leviathan, Sonderheft 16, Opladen, S. 94-118
- Riedel, Sabine (1999): Bulgarien und die Europäische Union. Die soziale Dimension des Integrationsprozesses, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartforschung, 48. Jg., München, S. 567-598
- Rokkan, Stein (1980): Eine Familie von Modellen für die vergleichende Geschichte Europas, in: Zeitschrift für Soziologie, 9. Jg., Stuttgart, S. 118-128

- Roth, Andrei (2003): Die Einheit der rumänischen Machtelite, in: Beetz, Stephan/Jacob, Ulf/Sterbling, Anton (Hrsg.): Soziologie über die Grenzen – Europäische Perspektiven, Hamburg, S. 253-274
- Schelsky, Helmut (21973) (Hrsg.): Zur Theorie der Institution, Düsseldorf
- Schüleln, Johann August (1987): Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse, Opladen
- Sterbling, Anton (1993): Strukturfragen und Modernisierungsprobleme südosteuropäischer Gesellschaften, Hamburg
- Sterbling, Anton (1994): Krise und Wandel des Wissenschaftssystems in den osteuropäischen Gesellschaften, in: Sterbling, Anton: Gegen die Macht der Illusionen. Zu einem Europa im Wandel, Hamburg, S. 215-224
- Sterbling, Anton (1994): Modernisierungstheorie und die Entwicklungsproblematik Osteuropas. Eine kritische Betrachtung, in: Balla, Bálint/Geier, Wolfgang (Hrsg.): Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie, Münster-Hamburg, S. 6-19
- Sterbling, Anton (1997): Probleme des Institutionenwandels in Ost- und Südosteuropa, in: Sterbling, Anton: Widersprüchliche Moderne und die Widerspenstigkeit der Traditionalität, Hamburg, S. 161-180
- Sterbling, Anton (1998): Historische Modernisierungstheorien und gegenwärtige Probleme des Institutionenwandels in Ost- und Südosteuropa, in: Müller, Klaus (Hrsg.): Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Opladen, S. 53-67
- Sterbling, Anton (1998): Elitenwandel in Südosteuropa: Einige Bemerkungen aus elitentheoretischer Sicht, in: Höpken, Wolfgang/Sundhaussen, Holm (Hrsg.): Eliten in Südosteuropa: Rolle, Kontinuitäten, Brüche in Geschichte und Gegenwart. Südosteuropa-Jahrbuch, 29. Band, München, S. 31-47
- Sterbling, Anton (2001): Intellektuelle, Eliten, Institutionenwandel. Untersuchungen zu Rumänien und Südosteuropa, Hamburg
- Sterbling, Anton (2003): Elitenwandel in Südosteuropa. Rolle, Kontinuitäten, Brüche, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung das Parlament, B 10-11, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 10-17
- Sterbling, Anton (2004): Alte Eliten in jungen Demokratien? Das Fallbeispiel Rumänien, in: Veen, Hans-Joachim (Hrsg.): Alte Eliten in jungen Demokratien? Wechsel, Wandel und Kontinuität in Mittel- und Osteuropa, Wien-Köln-Weimar, S. 363-375
- Sterbling, Anton (2004): Südosteuropa und die EU-Erweiterung. Aussichten, Probleme, Rückwirkungen aus soziologischer Sicht, in: Südosteuropa-Mitteilungen, 44. Jg., Heft 5, München, S. 46-60
- Sterbling, Anton (2005): Der gesellschaftliche Wandel in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa in einer vergleichenden Perspektive. Zum Ansatz der historischen Modernisierungsforschung, in: Kollmorgen, Raj (Hrsg.): Transformation als Typ sozialen Wandels. Postsozialistische Lektionen, historische und interkulturelle Vergleiche, Münster-Hamburg-Berlin-Wien-London, S. 47-62
- Sterbling, Anton (2006) (Hrsg.): Migrationsprozesse, Probleme von Abwanderungsregionen, Identitätsfragen, Hamburg
- Sterbling, Anton (2007): Rumänien und Bulgarien als neue Mitglieder der Europäischen Union, in: Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas, 2/56. Jg., Heft 1, München, S. 3-9

- Sterbling, Anton (2007): Wertewandel und Wertorientierungen in Rumänien im europäischen Kontext, in: Müller, Susanne/Stein, Werner/Simon, Peter (Hrsg.): Management Guide Rumänien. Reihe: Wirtschaft und Kultur Band 8, Frankfurt a. M., S. 43-50
- Ursprung, Daniel (2007): Herrschaftslegitimation zwischen Tradition und Innovation. Repräsentation und Inszenierung von Herrschaft in der rumänischen Geschichte, Kronstadt